
Gouverneurs- und Legislativwahlen im fragmentierten Föderalismus der Obama-Jahre: Ringens um einzelstaatliche Autonomie

Patrick Horst

1 Einleitung: Vom Zwangsföderalismus zum fragmentierten Föderalismus

Die intergouvernementalen Beziehungen entwickelten sich während der Präsidentschaft Obamas rasch fort, wobei die Richtung dieser Entwicklung nicht immer eindeutig war: Zum einen gab es heftige Konfrontationen zwischen dem Bund und den Einzelstaaten, wie sie auch schon den *Zwangsföderalismus* („coercive federalism“¹) unter Präsident George W. Bush charakterisiert hatten; zum anderen gab es aber auch Anzeichen zunehmender Kooperation zwischen den staatlichen Ebenen. In welche Richtung sich die intergouvernementalen Beziehungen entwickelten, hing von einer Fülle verschiedener Faktoren ab: dem jeweiligen Politikfeld, den Instrumenten, die dem Bund und den Einzelstaaten in diesem Politikbereich zur Verfügung standen sowie dem historischen Pfad, den ein Einzelstaat auf einem Politikfeld eingeschlagen hatte. Von Bedeutung waren auch die ökonomischen Ressourcen und administrativen Kompetenzen des Staates, sein „Prozesslernen im intergouvernementalen

1 Paul Posner, *The Politics of Coercive Federalism in the Bush Era*, in: *Publius* 37 (2007) 3, S. 390-412. Laut John Kincaid, *From Cooperative to Coercive Federalism*, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 509 (1990), S. 139-152, löste der „Zwangsföderalismus“ den „kooperativen Föderalismus“ der Nachkriegszeit schon zur Mitte der Präsidentschaft Jimmy Carters ab.

Verhandeln⁴² und ganz entscheidend seine Struktur des Parteienwettbewerbs. In der Summierung all dieser komplexen, teils widersprüchlich wirkenden Faktoren scheint es gerechtfertigt, für die ersten sechs Jahre der Präsidentschaft Obamas von einem *fragmentierten Föderalismus* („fragmented federalism“⁴³) zu sprechen. Mit einem solch zersplitterten Föderalismus wird zum einen die Tatsache bezeichnet, dass die Obama-Administration einen Instrumentenmix nutzte, der mal mehr auf Anreize, mal mehr auf Sanktionen setzte. Zum anderen nahmen im fragmentierten Föderalismus unter Obama die *Policy-Differenzen* zwischen *roten* und *blauen*, Republikanisch und Demokratisch regierten Staaten weiter zu, sodass von einem Föderalismus der verschiedenen Geschwindigkeiten gesprochen werden kann.⁴

So schwer der Begriff des fragmentierten Föderalismus zu fassen ist, weil er alles zugleich ist – „kooperativ“, „kreativ“ und „zwingend“⁴⁵ –; eines schien ihn doch durchgängig zu charakterisieren: er war eigensinnig und widerspenstig, die aktivistische Form eines *Föderalismus von unten* („bottom-up federalism“⁴⁶). Die politische Polarisierung im Bund übertrug sich auf die einzelstaatliche Ebene – mit dem Unterschied, dass die politischen Verhältnisse auf nationaler Ebene seit den Zwischenwahlen 2010 durch eine geteilte Parteikontrolle und politischen Stillstand im Kongress, in den Einzelstaaten aber in zunehmendem Maße durch einheitliche Parteiregierungen und offensive Politikagenden gekennzeichnet waren. In diesem gesamtpolitischen Kontext gewannen vor allem diejenigen Einzelstaaten, die von einer Partei allein regiert wurden, an Bedeutung. Vornehmlich die Republikanisch regierten Einzelstaaten klagten gegen die Gesundheitsreform, verweigerten die Beteiligung an Bundesprogrammen wie der Arbeitslosenversicherung, den Krankenversicherungsmärkten, den Hochgeschwindigkeitszügen oder sogar den einheitlichen Bildungsstandards (*Common Core*), die sie in horizontaler Koordination selbst mit auf den Weg gebracht hatten, um einer Fremdbestimmung durch die Bundesregierung zuvorzukommen. Auch wenn die Demokra-

2 Timothy Callaghan / Lawrence R. Jacobs, Process Learning and the Implementation of Medicaid Reform, in: *Publius* 44 (2014) 4, S. 541-653 (eigene Übersetzung).

3 J. Mitchell Pickerill / Cynthia J. Bowling, Polarized Parties, Politics, and Policies: Fragmented Federalism in 2013-2014, in: *Publius* 44 (2014) 3, S. 369-398.

4 Vgl. Timothy J. Conlan / Paul L. Posner, Inflection Point? Federalism and the Obama Administration, in: *Publius* 41 (2011) 3, S. 421-446; Paul L. Posner / Timothy J. Conlan, The Future of Federalism in a Polarized Country, *governing.com*, 4. Februar 2014.

5 Cynthia Bowling / J. Mitchell Pickering, Fragmented Federalism: The State of American Federalism 2012-13, in: *Publius* 43 (2013) 3, S. 315.

6 Shama Gamkhar / J. Mitchell Pickerill, The State of American Federalism 2011-2012: A Fend for Yourself and Activist Form of Bottom-Up Federalism, in: *Publius* 42 (2012) 3, S. 357-386.

tisch regierten Staaten keinen vergleichbaren Widerstand gegen Programme der Obama-Administration leisteten, waren sie von der politischen Polarisierung nicht ausgenommen. Sie traten zunehmend aktivistisch auf, bevorzugt auf dem Felde der Moralpolitik (*Morality Policy*⁷). Die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der medizinischen Nutzung von Marihuana nahm erheblich an Fahrt auf. Ebenso stieg die Zahl *blauer* Staaten, die schärfere Waffenkontrollgesetze in Kraft setzten. Umgekehrt verfolgten auch zahlreiche *rote* Staaten sehr aktivistische Agenden und verabschiedeten Gesetze, die sich gegen Einwanderung, gegen Abtreibung, gegen Krankenversicherungsmärkte, gegen die Homosexuellenehe, gegen Gewerkschaftsrechte oder gegen eine schärfere Waffenkontrolle richteten.⁸

Die wachsende Polarisierung zwischen *blauen* und *roten* Einzelstaaten während der Präsidentschaft Obamas legt die Vermutung nahe, dass der politische Wettbewerb in den Einzelstaaten zunehmend von den nationalen politischen Auseinandersetzungen angetrieben und überlagert wurde. Diese Hypothese soll im Folgenden anhand der Gouverneurs- und Legislativwahlen in den Einzelstaaten überprüft werden: Gab es in den ersten sechs Jahren der Präsidentschaft Obamas tatsächlich so etwas wie eine Nationalisierung des politischen Wettbewerbs, die bis auf die einzelstaatlichen Wahlen durchschlug und diese, ähnlich wie die Kongresswahlen, in Referenden über die Politik des Präsidenten umwandelte? Nahm die Autonomie der einzelstaatlichen Wahlen erkennbar ab, wurden die Wahlkämpfe auf subnationaler Ebene mit denselben Themen wie in der Bundeshauptstadt Washington bestritten – und gingen demzufolge die Inkongruenzen zwischen dem nationalen Parteiensystem und den einzelstaatlichen Parteiensystemen, wie sie noch von Autoren klassischer Werke wie V. O. Key oder Daniel Elazar diagnostiziert worden waren, weiter zurück?⁹ Um diese Fragen beantworten zu können, soll zunächst die Herausbildung einzelstaatlicher politischer Kulturen und Parteiensysteme in großen Linien nachgezeichnet werden. Auf dieser historischen Hintergrundfolie sollen dann in einem nächsten Schritt die einzelstaatlichen Gouverneurs- und Legislativwahlen während der ersten sechs Jahre der Präsidentschaft Obamas genauer analysiert werden.

7 Zur Definition des Begriffs vgl. Christopher Z. Mooney / Richard G. Schudt, Does Morality Policy Exist? Testing a Basic Assumption. Paper Presented at the Annual APSA Meeting, Philadelphia 2006.

8 Vgl. J. M. Pickerill / C. J. Bowling (Anm. 3), S. Gamkhar / J. M. Pickerill (Anm. 6).

9 Vgl. James Gimpel, National Elections and the Autonomy of American State Party Systems, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 1996. Mit den "Klassikern" sind gemeint: V. O. Key, Southern Politics in State and Nation, New York: Alfred A. Knopf, 1949; V. O. Key, American State Politics: An Introduction, New York: Alfred A. Knopf, 1956; Daniel Elazar, Federalism. A View from the States, 2. Aufl., New York: Crowell, 1972.

2 Die Transformation einzelstaatlicher politischer Kulturen und die Intensivierung des Parteienwettbewerbs vom Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs bis heute

Der wohl einflussreichste Versuch, verschiedene politische Kulturen der US-Einzelstaaten herauszuarbeiten, stammt von Daniel Elazar. Seiner Ansicht nach teilen alle fünfzig Staaten eine gemeinsame politische Kultur, die sich aus drei Subkulturen zusammensetzt: einer individualistischen, einer moralistischen und einer traditionalistischen Subkultur. Diese Subkulturen lassen sich aus der Siedlungsgeschichte der Vereinigten Staaten herleiten – genauer: aus den politischen Einstellungen, Orientierungen und Werten, die von den frühen Siedlern und von späteren Einwandererströmen an die Orte mitgebracht wurden, an denen sie sich niederließen. Die *individualistische politische Kultur* betont das Konzept der Demokratie als Marktplatz. Sie möchte individuelle Freiheiten und unternehmerische Initiative, nicht aber politische Beteiligung befördern. Den diszipliniert handelnden, miteinander konkurrierenden Parteien und den Berufspolitikern wird misstraut. Der Staat soll sich auf seine Kernfunktionen und die Aufrechterhaltung der Marktordnung beschränken. Das sieht die *moralistische politische Kultur* anders: In ihrer Haltung, dass Politik, verstanden als Suche nach der guten Gesellschaft, eine ehrenwerte Beschäftigung sei, kommt sie einem kommunitaristischen Politikideal nahe. Gutes Regieren setzt nicht eigennützige Parteien, sondern eine aktive Bürgergesellschaft voraus, die sich für das Gemeinwohl einsetzt und den Politikern kritisch auf die Finger schaut. Die *traditionalistische politische Kultur* bewegt sich mit Blick auf die Rolle des Staates zwischen den beiden anderen Subkulturen: Dem Staat wird ein positive Funktion zugeschrieben – aber nicht als Mittel zur Verbesserung der Gesellschaft, sondern als Instrument zur Bewahrung der sozialen Ordnung. Die politische Macht soll sich auf alteingesessene Eliten beschränken; familiäre und soziale Bindungen entscheiden über die Zugehörigkeit zur Elite. Für den Rest der Gesellschaft ist eine rein passive Rolle in der Politik vorgesehen.¹⁰

Elazar erstellte auch eine Landkarte politischer Subkulturen, die sich grob vereinfachend wie folgt darstellt:¹¹ Im Nordosten der USA, den Neuenglandstaaten, siedelte sich mit den Puritanern eine moralistische politische Kultur an, eine *Yankee*-Kultur, die sich westwärts weiter fortpflanzte über New York, den Norden

10 Vgl. Daniel Elazar, *The American Mosaic. The Impact of Space, Time, and Culture on American Politics*, Boulder: Westview Press, 1994, S. 229-237.

11 Zum folgenden ebenda, S. 237-246.

Pennsylvanias und Ohios bis in die Staaten der oberen Großen Seen – Michigan, Wisconsin, Minnesota und Iowa. Verstärkt durch skandinavische und nordeuropäische Einwanderer, setzte sich der Zug dieser Yankee-Kultur fort nach Westen: über die Dakotas und Montana bis nach Washington, Oregon und Nordkalifornien. Auch Utah und Colorado sowie nördliche Teile von Kansas und Arizona weisen nach Elazar einen moralistischen Einschlag auf. Die individualistische politische Kultur setzte sich demgegenüber in einem mittleren Staatengürtel durch, der sich von den Staaten der mittleren Atlantikküste (New York, New Jersey, Pennsylvania, Delaware und Maryland) über Ohio, Indiana, Illinois und Missouri bis nach Kansas, Nebraska und Wyoming spannte. Hier ließen sich anfangs vor allem englische und deutsche Einwanderer mit einem zwar protestantischen, nicht aber puritanischen Hintergrund nieder. In der Mitte des 19. Jahrhunderts rollten weitere europäische Einwandererwellen über die USA hinweg, die den Individualismus und Pluralismus dieser Staaten verstärkten. Aus diesen Einwanderergruppen speiste sich auch der kalifornische Goldrausch. Im Süden der Vereinigten Staaten bildete sich schließlich eine traditionalistische politische Kultur heraus, die auf den großen Baumwollplantagen und der *besonderen Institution* („peculiar institution“¹²) der Sklaverei gründete. Der neue Landadel der Plantagenbesitzer, vor allem in Virginia und South Carolina, beanspruchte auch politisch eine exklusive Rolle und schloss die schwarze Bevölkerung von allen politischen Rechten aus.

Diese drei politischen Subkulturen sind bis heute wirksam; sie wurden aber im Laufe der Zeit durch weitere Einwanderungswellen und Migrationsströme miteinander vermischt. Gegen Ende des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts kamen immer neue, vornehmlich süd- und osteuropäische sowie russische Einwanderer ins gelobte Land. Auch die Einwanderung aus Mexiko und Südamerika sowie aus Südostasien gewann erheblich an Zulauf, bevor sie im Gefolge des Ersten Weltkriegs beschränkt wurde. Hinzu kamen innere Migrationsströme – bis in die 1960er Jahre hinein der Schwarzen in den industrialisierten Norden, seither die Rückbewegungen (nicht nur der Rentner) vom *Rust Belt* in den *Sun Belt* und durchgängig die Migration aus allen Regionen der USA in den Westen, allen voran nach Kalifornien. Im Gefolge dieser sozialen Dynamiken veränderten sich nicht nur die politischen Subkulturen der Einzelstaaten, sondern auch ihre Parteiensysteme.

12 Vgl. den Klassiker: John Hope Franklin, *From Slavery to Freedom. A History of American Negroes*, New York: Alfred A. Knopf, 1947 (1999 im Berliner Ullstein-Verlag ins Deutsche übersetzt). Das deutsche Standardwerk zur Geschichte der Sklaverei und ihrer Überwindung ist: Norbert Finzsch / James O. Horton / Lois Horton, *Von Benin nach Baltimore. Die Geschichte der African Americans*, Hamburg 1999.

Bürgerkrieg und *Reconstruction* hatten dazu geführt, dass die Demokraten die Partei des Südens und die Republikaner die Partei des Nordens wurden.¹³ Vom Ende des Wiederaufbaus bis zum Beginn des *New Deal* 1933 (und darüber hinaus) fand der nationale Parteienwettbewerb zwischen Demokraten und Republikanern regional nur ein schwaches Echo. Die Südstaaten waren faktisch Einparteistaaten, in denen die Republikaner nicht existierten. Umgekehrt war die Situation nicht ganz so eindeutig: Die Republikaner dominierten zwar den Norden und auch den Westen; mit den genannten Einwandererströmen kamen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber viele Neuankömmlinge, die von der Demokratischen Partei und ihren *City Machines* einverleibt wurden. Außerdem kam es Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge ökonomischer Krisen vor allem unter den Farmern im Westen zur Unzufriedenheit mit den beiden großen Parteien und zu politischen Erfolgen dritter Parteien, allen voran der *Populist Party*. Erst mit der *Critical Election* von 1896 gelang es den Republikanern ihre Vorherrschaft im Norden und Westen der Republik – und damit auch im Bund – zu sichern. Dritte Parteien durchbrachen aber auch zu Anfang des 20. Jahrhunderts immer einmal wieder den Zweiparteienwettbewerb, so zum Beispiel die *Progressive Party* bei den Präsidentschaftswahlen 1912 in einigen Staaten des (Mittleren) Westens und später in Wisconsin.

Im *New Deal* der 1930er Jahre kam es zu einem *Realignment*, das die Vorherrschaft der Republikaner im Norden und überhaupt die sektionale Basis des US-Parteienwettbewerbs beendete.¹⁴ Die von Franklin Roosevelt gebildete neue Demokratische Wählerkoalition schloss in den nördlichen Staaten die Katholiken, Juden und andere ethnische Gruppen genauso ein wie die (untere) Mittelschicht in den Städten und Metropolregionen. Die Gewerkschaften waren fest mit der Demokratischen Partei verbunden und führten ihr die Arbeiterschaft zu. Auch die Schwarzen im Norden wurden zu verlässlichen Wählern der Partei. All dies trug dazu bei, dass die Demokraten im Norden konkurrenzfähig und in vielen Staaten sogar Mehrheitspartei wurden. Zur festen Wählerkoalition Roosevelts gehörte auch der *Solid South*. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg brach er den Demokraten langsam aber sicher weg. Dies kündigte sich zunächst auf der Ebene der Präsidentschaftswahlen an, setzte sich dann bei den Kongress- und den einzelstaatlichen Wahlen fort. Nachdem es 1948 Strom Thurmond (South Carolina) als Kandidat der *States Rights Democratic Party* erstmals gelungen war, in die Demokratische Wählerkoalition im Süden einzubrechen, konnte mit Ausnahme Jimmy Carters

13 Dazu vor allem V. O. Key in den in Anm. 9 genannten Werken.

14 Vgl. zum folgenden vor allem Malcolm E. Jewell / Sarah M. Morehouse, *Political Parties and Elections in American States*, 4. Aufl., Washington, D.C.: CQ Press, 2001, S. 21-46.

kein Demokratischer Präsidentschaftskandidat mehr den Süden komplett für sich gewinnen.¹⁵ Von entscheidender Bedeutung für den Durchbruch der Republikaner im Süden war die Unterzeichnung des *Civil Rights Act* durch den Demokratischen Präsidenten Lyndon Johnson im Juli 1964, der dies im Bewusstsein tat, damit den Süden auf lange Zeit für die Demokraten zu verlieren. Diese Prognose sollte sich bewahrheiten: Wenige Monate später gewann Barry Goldwater in der Präsidentschaftswahl 1964 fünf Staaten des *Deep South*. Unter Nixon und vor allem unter Reagan entwickelte sich der Süden dann zur Bastion der Republikaner bei Präsidentschaftswahlen.

Die allmähliche Transformation des Südens zur Republikanischen Hochburg war die entscheidende Veränderung im Parteienwettbewerb seit Mitte der 1960er Jahre.¹⁶ Der Diffusionsprozess von der Präsidentschaftswahlebene über die Kongresswahlen bis hin zu den einzelstaatlichen Wahlen der Gouverneure und Staatenhäuser sollte aber ein gutes halbes Jahrhundert in Anspruch nehmen: Im September 1964, zwei Monate nach Unterzeichnung des *Civil Rights Act*, verließ Strom Thurmond die Demokratische Partei und wurde erster Republikanischer Senator aus dem *Deep South* im 20. Jahrhundert. Zwei Jahre später wählte Arkansas erstmals einen Republikaner zum Gouverneur. Trotzdem ging der Aufbau der Republikanischen Partei im Süden nur sehr allmählich voran. Erst in den 1980er und 1990er Jahren wurden die Republikaner bei den Gouverneurswahlen in den elf Staaten des Südens¹⁷ konkurrenzfähig; Georgia wählte als letzter Südstaat seinen ersten Republikanischen Gouverneur im Jahre 2002. Noch deutlich zäher ging es für die Republikaner auf der Ebene der einzelstaatlichen Legislativen voran. Hier erreichten sie erst im neuen Jahrtausend eine Parität mit den Demokraten: 2005 kontrollierten sie sechs von elf Senaten im Süden, 2009 die Mehrheit der einzelstaatlichen Repräsentantenhäuser. Nach den *Midterm Elections* 2014 hatten die Republikaner dann den Gipfel erklommen und stellten in jeder der 22 Legislativ-

15 Einen schnellen Überblick über die Landkarte aller Präsidentschaftswahlen bieten Gerhard Peters / John T. Woolley, The American Presidency Project. Presidential Election Data, <http://www.presidency.ucsb.edu/elections.php> (Abruf am 18. März 2015).

16 Das Standardwerk ist Earl Black / Merle Black, *The Rise of the Southern Republicans*, Cambridge: Belknap Harvard, 2002.

17 Das sind die Staaten der alten Konföderation im Bürgerkrieg: South Carolina, Alabama, Florida, Georgia, Louisiana, Mississippi, Texas, Arkansas, North Carolina, Tennessee, Virginia.

kammern die Mehrheit. Anfang 2015 besetzten sie auch mit Ausnahme Virginias überall im Süden die Gouverneursvilla.¹⁸

Die Ablösung der Demokratischen Einparteiherrschaft im Süden und die Stärkung des Zweiparteienwettbewerbs ist unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten eine eindeutig positiv zu wertende Entwicklung. Schon V. O. Key sah ein echtes Zweiparteiensystem als Voraussetzung dafür an, dass sich die Demokratie im Süden durchsetzen kann. Er und andere Politikwissenschaftler nach ihm beobachteten, dass ein verstärkter Parteienwettbewerb in den jeweiligen Staaten zu höheren Sozialausgaben und einer stärkeren Wahlbeteiligung führte. Auch in anderen Regionen der USA ließ sich über die Nachkriegsjahrzehnte hinweg ein Anstieg des Parteienwettbewerbs feststellen. Das einschlägige Instrument, mit dem die Parteikontrolle eines Staates und dessen Wettbewerbsintensität gemessen wird, ist der *Ranney Index*.¹⁹ In einer historischen Langzeitbetrachtung von 1946 bis 2011 (vgl. Tabelle 3.1) zeigt sich, dass die Demokratischen Einparteistaaten seit den 1980er Jahren vollständig verschwunden sind. Seit den 1980er Jahren nimmt auch die Anzahl der Staaten ab, die von den Demokraten dominiert werden, während umgekehrt die überwiegend von Republikanern kontrollierten Staaten zunehmen. Vier der dreizehn modifizierten Republikanischen Einparteistaaten befinden sich mittlerweile im Süden; die anderen Republikanischen Hochburgen sind vor allem im stark agrarisch geprägten Mittleren Westen angesiedelt. Von den nur fünf modifizierten Demokratischen Einparteistaaten liegen zwei im Nordosten der USA (Massachusetts, Maryland), einer im Pazifik (Hawaii) und zwei – wahrscheinlich aber nicht mehr lange – im *Upper South* (Arkansas, West-Virginia). Mehr als drei Fünftel aller Einzelstaaten sind mittlerweile durch einen ausgeglichenen Zweiparteienwettbewerb gekennzeichnet.²⁰

18 Vgl. M. E. Jewell / S. M. Morehouse (Anm. 14), S. 33-37; National Conference of State Legislatures (NCSL), State Party Composition, ncsl.org, 4. Februar 2015.

19 Er setzt sich aus drei Parametern zusammen: dem Erfolgsanteil einer Partei bei Gouverneurs- und Legislativwahlen, der Dauer ihrer ungeteilten Kontrolle über Gouverneursamt und Staatenhäuser sowie der Dauer einer geteilten Parteikontrolle. Ein Wert von 1 zeigt vollständige Demokratische Kontrolle, ein Wert von 0 vollständige Republikanische Kontrolle an. Beim Wert von 0,5 ist die Wettbewerbsintensität maximal. Vgl. Thomas M. Holbrook / Raymond J. La Raja, Parties and Elections, in: Virginia Gray / Russell L. Hanson / Thad Kousser (Hrsg.), Politics in the American States, 10. Aufl., Los Angeles: Sage, 2013, S. 87.

20 Vgl. ebenda, S. 87-90.

Tabelle 3.1 Veränderungen des *Ranney Party Control Index* über die Zeit, 1946–2011

	1946-63	1974-80	1989-94	2007-11
One-Party Democratic (.850-1.000)	South Carolina 1.000 Georgia .992 Louisiana .987 Mississippi .981 Texas .959 Alabama .957 Arkansas .943 Florida .922 Virginia .880 North Carolina .879 Tennessee .872	Alabama .944 Georgia .885 Louisiana .876 Mississippi .867 Arkansas .863 North Carolina .856 Maryland .851 Rhode Island .851		
Modified One-Party Democratic (.650-.849)	Oklahoma .819 Kentucky .770 Arizona .749 West Virginia .722 Maryland .714 New Mexico .702 Alaska .677 Missouri .660	South Carolina .803 West Virginia .803 Texas .799 Massachusetts .792 Kentucky .791 Oklahoma .784 Nevada .759 Hawaii .755 Florida .752 Connecticut .734 New Jersey .733 Virginia .716 New Mexico .711 California .708 Oregon .695 Missouri .693 Minnesota .668 Tennessee .665 Wisconsin .663	Arkansas .831 Louisiana .821 Hawaii .814 West Virginia .798 Rhode Island .776 Maryland .776 Kentucky .741 Georgia .739 Mississippi .709 Alabama .666 Nebraska .660 Oklahoma .659 Massachusetts .658	Massachusetts .758 West Virginia .722 Arkansas .717 Hawaii .717 Maryland .701

	1946-63	1974-80	1989-94	2007-11
Two-Party (.350-.649)	Rhode Island .633 Washington .565 Delaware .542 Nevada .526 Massachusetts .523 Hawaii .490 Colorado .483 Montana .470 Minnesota .461 Utah .461 Connecticut .442 Pennsylvania .410 California .393 Nebraska .388 Illinois .385 Idaho .378 Michigan .377 New Jersey .361 Indiana .355 Oregon .355 Ohio .352	Montana .626 Michigan .613 Ohio .592 Washington .581 Alaska .577 Pennsylvania .557 Delaware .549 New York .539 Illinois .538 Nebraska .517 Maine .516 Kansas .467 Utah .465 Iowa .454 Arizona .448 Colorado .443 Indiana .415 New Hampshire .392 Idaho .390 Wyoming .388 Vermont .361 South Dakota .351	Tennessee .649 New Mexico .645 North Carolina .636 Missouri .633 Texas .618 Virginia .617 Minnesota .608 Florida .594 Washington .568 Vermont .568 South Carolina .550 Nevada .548 California .537 Oregon .534 New York .530 Maine .528 Delaware .519 Indiana .518 Connecticut .518 Wisconsin .496 Pennsylvania .496 Iowa .481 Alaska .467 Illinois .462 Montana .453 Colorado .438 Michigan .421 New Jersey .410 North Dakota .394 Ohio .384 Kansas .359	Washington .644 Delaware .640 New Mexico .621 Rhode Island .620 New York .620 Colorado .620 Illinois .615 New Hampshire .609 Oregon .605 North Carolina .602 Connecticut .602 New Jersey .589 Iowa .588 Vermont .583 California .579 Minnesota .551 Montana .540 Wisconsin .532 Maine .523 Kentucky .523 Alabama .512 Mississippi .500 Nevada .484 Pennsylvania .475 Michigan .470 Louisiana .437 Virginia .435 Ohio .426 Tennessee .413 Oklahoma .377 Indiana .371 Missouri .370

	1946-63	1974-80	1989-94	2007-11
Modified One-Party Republican (.150-.349)	Wyoming .347 New York .317 Wisconsin .300 New Hampshire .268 Iowa .250 Kansas .242 Maine .241 South Dakota .232 North Dakota .186 Vermont .176	North Dakota .337	Idaho .338 South Dakota .322 Arizona .316 Wyoming .313 New Hampshire .259 Utah .232	Arizona .339 South Carolina .324 Alaska .322 Texas .311 Georgia .304 Kansas .295 Florida .292 South Dakota .263 Nebraska .261 North Dakota .248 Wyoming .246 Utah .199 Idaho .194
One-Party Republican (0.000-.149)				

Quellen: Austin Ranney, *Parties in State Politics*, in: Herbert Jacob / Kenneth N. Vines (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, Boston: Little, Brown and Co., 1965, S. 65; John F. Bibby / Cornelius P. Cotter / James L. Gibson / Robert J. Huckshorn, *Parties in State Politics*, in: Virginia Gray / Herbert Jacob / Kenneth N. Vines (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, 4. Aufl., Boston: Little, Brown and Co., 1983, S. 66; John F. Bibby / Thomas M. Holbrook, *Parties and Elections*, in: Virginia Gray / Herbert Jacob (Hrsg.), *Politics in the American States. A Comparative Analysis*, 6. Aufl., Boston: Little, Brown, 1996, S. 105; T. M. Holbrook / R. J. La Raja (Anm. 19), S. 88.

Struktur und Intensität des Parteienwettbewerbs sind nicht nur das Resultat sozialer Dynamiken, sondern auch von politischen Entscheidungen. Gesetzliche Regulierungen der Wahlen und der Parteien, die in den USA zu einem Großteil in den Zuständigkeitsbereich der Einzelstaaten fallen, legen die Regeln des Wettbewerbs um Stimmen und Ämter fest. Das Thema ist zu umfassend, als dass es hier gebührend behandelt werden könnte. Dennoch sei wenigstens daran erinnert, dass die Einparteiherrschaft der Demokraten im Süden vor Verabschiedung des *Voting Rights Act* auf *Jim-Crow*-Gesetzen beruhte, zu denen beispielsweise eine Kopfsteuer oder Lese-Rechtschreibtests als Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts gehörten. Heutzutage monieren die Demokraten in vielen *roten Staaten*, dass *Voter-ID*-Gesetze eine vergleichbare Diskriminierung ethnischer Minderheiten darstellen – Republikaner diese Gesetze also verabschieden, um sich einen Vorteil gegenüber den Demokraten zu verschaffen. Auch über die Regeln der Wahlkreisneuziehung wird heute wie vor hundert Jahren heftig gestritten, weil diese Einfluss auf den Parteienwettbewerb nehmen. Zwar sind auch hier die krassesten Auswüchse durch Bundesgesetze und Entscheidungen des *Supreme Court* abgestellt worden; dennoch macht es einen Unterschied, ob die Parteien selbst, die Gerichte oder unabhängige Kommissionen über das *Redistricting* entscheiden.²¹ Auch die Frage der *Majority-Minority Districts* hat unmittelbare Auswirkungen auf den Parteienwettbewerb – es ist geradezu ihr Daseinszweck, dass sie die Konkurrenz im Distrikt ausschalten. Dieser Vorteil für eine Partei, in der Regel die Demokraten, kann aber mit einer Machteinbuße dieser Partei und auch der begünstigten Minderheit auf einzelstaatlicher (und nationaler) Ebene erkaufte sein. Zudem ist eine parteipolitische Polarisierung beinahe zwangsläufig das Resultat solcher *Majority-Minority Districts*.²² Am Ende dieses Abschnitts sei auf zwei Dauerbrenner im Streit um die Regulierung des politischen Prozesses verwiesen, die immer bedeutsame – aber nicht immer eindeutig bestimmbare – Folgen für den Parteienwettbewerb im Einzelstaat haben: die Kandidatennominierung über diverse Varianten der Vorwahlen, Parteikonvente oder *Preprimary Endorsements* und die Wahlkampffinanzierung.²³

21 Vgl. Jamie L. Carson / Michael H. Crespin / Ryan D. Williamson, Reevaluating the Effects of Redistricting on Electoral Competition, 1972-2012, in: *State Politics & Policy Quarterly* 14 (2014) 2, S. 165-177; Chad Murphy / Antoine Yoshinaka, Are Mapmakers Able to Target and Protect Congressional Incumbents? The Institutional Dynamics of Electoral Competition, in: *American Politics Research* 37 (2009) 6, S. 955-982.

22 Vgl. Charles Cameron / David Epstein / Sharyn O'Halloran, Do Majority-Minority Districts Maximize Substantive Black Representation in Congress?, in: *American Political Science Review* 90 (1996) 4, S. 794-812.

23 Vgl. T. M. Holbrook / R. J. La Raja (Anm. 19), S. 67-68, 82-87.

3 Die Gouverneurs- und Legislativwahlen zwischen nationaler Beeinflussung durch die Präsidentschaftswahl und autonomer Entscheidung im Einzelstaat

Nicht anders als in der deutschen²⁴ gibt es auch in der US-amerikanischen Politikwissenschaft zwei Gedankenschulen mit Blick auf die Frage, ob die einzelstaatlichen Wahlen gegenüber der wichtigsten nationalen Wahl als autonom angesehen werden können: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die Gouverneurswahlen als nationales Referendum über den amtierenden Präsidenten und seine Politik interpretieren. Ist der Präsident erfolgreich, werden die Gouverneurskandidaten seiner Partei davon an der Wahlurne profitieren; ist er erfolglos, werden sie an seiner Stelle bestraft. Eine Variante dieser Argumentation behauptet, dass nur die Amtsinhaber der Partei des Präsidenten sanktioniert werden, nicht aber die Herausforderer. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die Gouverneurswahlen als Entscheidungen über die Performanz des amtierenden Gouverneurs ansehen. In diesem Erklärungsmodell werden Einzelstaaten als relativ autonome Einheiten betrachtet. Die Wähler seien durchaus in der Lage, zwischen der ökonomischen Situation in ihrem Heimatstaat und derjenigen auf Bundesebene zu unterscheiden.²⁵ Ließen sich die deutschen Forschungsbefunde auf die USA übertragen, läge die Wahrheit in der Mitte: Beide Erklärungsansätze hätten ihre Gültigkeit, weil Wahlentscheidungen sich immer aus einem Motivbündel zusammensetzen. Wie schwer der nationale und der einzelstaatliche Anteil jeweils wiegen, wäre von Wahl zu Wahl und von Einzelstaat zu Einzelstaat verschieden. Der Grad der Autonomie wäre vor allem von drei Erklärungsfaktoren abhängig: dem Zeitpunkt der einzelstaatlichen Wahl, der Kongruenz von einzelstaatlichem und nationalem Parteienwettbewerb sowie dem spezifischen Themen-, Personen- und Ereigniskontext der jeweiligen Wahl.²⁶

Um ihre Unabhängigkeit gegenüber nationalen Einflüssen zu stärken, haben sich die meisten Staaten entschieden, ihre Gouverneurswahl von der Präsidentschaftswahl abzukoppeln. Nur elf Staaten lassen im Präsidentschaftswahljahr wählen, 36 im Jahr der *Midterm Elections* und fünf Staaten (New Jersey, Virginia, Kentucky, Louisiana, Mississippi) in ungeraden Wahljahren (vgl. Tabelle 3.2).

24 Vgl. Oscar W. Gabriel / Everhard Holtmann, Ober sticht Unter? Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Kontext, theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 3, S. 445-462; Kerstin Völk / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008.

25 Vgl. M. E. Jewell / S. M. Morehouse (Anm. 14), S. 177.

26 Zur deutschen Diskussion siehe auch Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008.

Durch die anders zusammengesetzten Wählerschaften in den *Off-year Elections* – die Wahlbeteiligung in den *Odd-year Elections* ist im Durchschnitt geringer als in den *Midterm Elections*, diese geringer als in den Präsidentschaftswahljahren²⁷ – scheint zumindest eine teilweise Entkoppelung der Gouverneurswahlen von nationalen Einflussfaktoren gelungen zu sein. Denn wie Tabelle 3.3 zeigt, gibt es zwar auch bei Gouverneurswahlen einen *Midterm Effect*, er steht allerdings kaum im Zusammenhang mit der Popularität des Präsidenten.²⁸ Der Partei des Präsidenten gelang es seit 1970 überhaupt nur in zwei Zwischenwahlen, mehr Gouverneursrennen zu gewinnen als zu verlieren – 1978, als Jimmy Carter noch eine solide Zustimmungsrate von 49 Prozent hatte, und im Ausnahmejahr 2002, als George W. Bushs Amtsführung auf die Zustimmung von 63 Prozent der Amerikaner stieß. In allen anderen *Midterm Elections* schnitt die Partei des Präsidenten schlechter ab als die gegnerische Partei – unabhängig davon, ob der Präsident hohe Zustimmungsraten vorweisen konnte wie Nixon 1970, Reagan 1986 und Clinton 1998 oder doch mit einer erheblichen Unzufriedenheit konfrontiert war wie Reagan 1982, Clinton 1994 und Obama in seinen beiden Zwischenwahlen.

27 Vgl. M. E. Jewell / S. M. Morehouse (Anm. 14), S. 195-197.

28 So auch Lonna Rae Atkeson / Randall W. Partin, Economic and Referendum Voting: A Comparison of Gubernatorial and Senatorial Elections, in: *American Political Science Review* 89 (1995) 1, S. 99-107. Zum gegenteiligen Ergebnis kommen Thomas M. Carsey / Gerald C. Wright, State and National Factors in Gubernatorial and Senatorial Elections, in: *American Journal of Political Science* 42 (1998) 3, S. 994-1002.

Tabelle 3.2 Gouverneurswahlen während der Präsidentschaft Obamas, 2009 – 2014

Jahr	Staat	Amtsinhaber	Partei	Ab.	A.	Sieger	Partei
2009	New Jersey	Jon Corzine	D	✓	✓	Chris Christie	R
	<i>Virginia</i>	<i>Tim Kaine</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Robert McDonnell</i>	<i>R</i>
2010	Alabama	Bob Riley	R	-	-	Robert Bentley	R
	Alaska	Sean Parnell	R	✓	✓	Sean Parnell	R
	Arizona	Jan Brewer	R	✓	✓	Jan Brewer	R
	Arkansas	Mike Beebe	D	✓	✓	Mike Beebe	D
	<i>California</i>	<i>A. Schwarzenegger</i>	<i>R</i>	-	-	<i>Jerry Brown</i>	<i>D</i>
	<i>Colorado</i>	<i>Bill Ritter</i>	<i>R</i>	✓	-	<i>John Hickenlooper</i>	<i>D</i>
	<i>Connecticut</i>	<i>Jodi Rell</i>	<i>R</i>	✓	-	<i>Dan Malloy</i>	<i>D</i>
	Florida	Charlie Crist	R	✓	-	Rick Scott	R
	Georgia	George E. Perdue	R	-	-	Nathan Deal	R
	<i>Hawaii</i>	<i>Linda Lingle</i>	<i>R</i>	-	-	<i>Neil Abercrombie</i>	<i>D</i>
	Idaho	Butch Otter	R	✓	✓	Butch Otter	R
	Illinois	Pat Quinn	D	✓	✓	Pat Quinn	D
	Iowa	Chet Culver	D	✓	✓	Terry Brandstad	R
	<i>Kansas</i>	<i>Mark Parkinson</i>	<i>D</i>	✓	-	<i>Sam Brownback</i>	<i>R</i>
	<i>Maine</i>	<i>John Baldacci</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Paul LePage</i>	<i>R</i>
	Maryland	Martin O'Malley	D	✓	✓	Martin O'Malley	D
	Massachusetts	Deval Patrick	D	✓	✓	Deval Patrick	D
	<i>Michigan</i>	<i>Jennifer Granholm</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Rick Snyder</i>	<i>R</i>
<i>Minnesota</i>	<i>Tim Pawlenty</i>	<i>R</i>	✓	-	<i>Mark Dayton</i>	<i>D</i>	
Nebraska	Dave Heineman	R	✓	✓	Dave Heineman	R	
Nevada	Jim Gibbons	R	✓	✓	Brian Sandoval	R	
New Hampshire ^a	John Lynch	D	✓	✓	John Lynch	D	
<i>New Mexico</i>	<i>Bill Richardson</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Susana Martinez</i>	<i>R</i>	
New York	David Paterson	D	✓	-	Andrew Cuomo	D	

Jahr	Staat	AmtsInhaber	Partei	Ab.	A.	Sieger	Partei
2010	Ohio	Ted Strickland	D	✓	✓	John Kasich	R
	<i>Oklahoma</i>	<i>Brad Henry</i>	<i>D</i>	✓	-	<i>Mary Fallin</i>	<i>R</i>
	Oregon	Ted Kulongoski	D	-	-	John Kitzhaber	D
	<i>Pennsylvania</i>	<i>Ed Rendell</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Tom Corbett</i>	<i>R</i>
	<i>Rhode Island</i>	<i>Donald L. Carcieri</i>	<i>R</i>	-	-	<i>Lincoln Chafee</i>	<i>I</i>
	South Carolina	Mark Sanford	R	-	-	Nikki Haley	R
	South Dakota	Mike Rounds	R	-	-	Dennis Daugaard	R
	Tennessee	Phil Bredesen	R	-	-	Bill Haslam	R
	Texas	Rick Perry	R	✓	✓	Rick Perry	R
	Utah ^b	Gary Herbert	R	✓	✓	Gary Herbert	R
	<i>Vermont a</i>	<i>Jim Douglas</i>	<i>R</i>	✓	-	<i>Peter Shumlin</i>	<i>D</i>
	<i>Wisconsin</i>	<i>Jim Doyle</i>	<i>D</i>	✓	-	<i>Scott Walker</i>	<i>R</i>
	<i>Wyoming</i>	<i>Dave Freudenthal</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Matthew Mead</i>	<i>R</i>
	2011	Kentucky	Steve L. Beshear	D	✓	✓	Steve L. Beshear
Louisiana		Bobby Jindal	R	✓	✓	Bobby Jindal	R
Mississippi		Haley Barbour	R	-	-	Phil Bryant	R
West Virginia ^b		Earl Ray Tomblin	D	✓	✓	Earl Ray Tomblin	D

Jahr	Staat	Amtsinhaber	Partei	Ab.	A.	Sieger	Partei
2012	Delaware	Jack Markell	D	✓	✓	Jack Markell	D
	Indiana	Mitch Daniels	R	-	-	Mike Pence	R
	Missouri	Jay Nixon	D	✓	✓	Jay Nixon	D
	Montana	Brian Schweitzer	D	-	-	Steve Bullock	D
	New Hampshire	John Lynch	D	✓	-	Maggie Hassan	D
	<i>North Carolina</i>	<i>Beverly Perdue</i>	<i>D</i>	✓	-	<i>Pat McCrory</i>	<i>R</i>
	North Dakota	Jack Dalrymple	R	✓	✓	Jack Dalrymple	R
	Utah	Gary Herbert	R	✓	✓	Gary Herbert	R
	Vermont	Peter Shumlin	D	✓	✓	Peter Shumlin	D
	Washington	Christine Gregoire	D	✓	-	Jay Inslee	D
	Wisconsin ^c	Scott Walker	R	✓	✓	Scott Walker	R
	West Virginia	Earl Ray Tomblin	D	✓	✓	Earl Ray Tomblin	D
	2013	New Jersey	Chris Christie	R	✓	✓	Chris Christie
<i>Virginia</i>		<i>Robert McDonnell</i>	<i>R</i>	-	-	<i>Terry McAuliffe</i>	<i>D</i>

Jahr	Staat	AmtsInhaber	Partei	Ab.	A.	Sieger	Partei
2014	Alabama	Robert Bentley	R	✓	✓	Robert Bentley	R
	Alaska	Sean Parnell	R	✓	✓	Bill Walker	I
	Arizona	Jan Brewer	R	-	-	Doug Dickey	R
	<i>Arkansas</i>	<i>Mike Beebe</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Asa Hutchinson</i>	<i>R</i>
	California	Jerry Brown	D	✓	✓	Jerry Brown	D
	Colorado	John Hickenlooper	D	✓	✓	John Hickenlooper	D
	Connecticut	Dan Malloy	D	✓	✓	Dan Malloy	D
	Florida	Rick Scott	R	✓	✓	Rick Scott	R
	Georgia	Nathan Deal	R	✓	✓	Nathan Deal	R
	<u>Hawaii</u>	<u>Neil Abercrombie</u>	<u>D</u>	<u>✓</u>	<u>✓</u>	<u>David Ige</u>	<u>D</u>
	Idaho	Butch Otter	R	✓	✓	Butch Otter	R
	Illinois	Pat Quinn	D	✓	✓	Bruce Rauner	R
	Iowa	Terry Brandstad	R	✓	✓	Terry Brandstad	R
	Kansas	Sam Brownback	R	✓	✓	Sam Brownback	R
	Maine	Paul LePage	R	✓	✓	Paul LePage	R
	<i>Maryland</i>	<i>Martin O'Malley</i>	<i>D</i>	-	-	<i>Larry Hogan</i>	<i>R</i>
	<i>Massachusetts</i>	<i>Deval Patrick</i>	<i>D</i>	✓	-	<i>Charlie Baker</i>	<i>R</i>
	Michigan	Rick Snyder	R	✓	✓	Rick Snyder	R
	Minnesota	Mark Dayton	D	✓	✓	Mark Dayton	D
	Nebraska	Dave Heineman	R	-	-	Pete Ricketts	R
Nevada	Brian Sandoval	R	✓	✓	Brian Sandoval	R	
New Hampshire ^a	Maggie Hassan	D	✓	✓	Maggie Hassan	D	
New Mexico	Susana Martinez	R	✓	✓	Susana Martinez	R	
New York	Andrew Cuomo	D	✓	✓	Andrew Cuomo	D	
Ohio	John Kasich	R	✓	✓	John Kasich	R	
Oklahoma	Mary Fallin	R	✓	✓	Mary Fallin	R	
Oregon	John Kitzhaber	D	✓	✓	John Kitzhaber	D	

Jahr	Staat	Amtsinhaber	Partei	Ab.	A.	Sieger	Partei
2014	Pennsylvania	Tom Corbett	R	✓	✓	Tom Wolf	D
	Rhode Island	Lincoln Chafee	D	✓	-	Gina Raimondo	D
	South Carolina	Nikki Haley	R	✓	✓	Nikki Haley	R
	South Dakota	Dennis Daugaard	R	✓	✓	Dennis Daugaard	R
	Tennessee	Bill Haslam	R	✓	✓	Bill Haslam	R
	Texas	Rick Perry	R	✓	-	Greg Abbott	R
	Vermont ^a	Peter Shumlin	D	✓	✓	Peter Shumlin	D
	Wisconsin	Scott Walker	R	✓	✓	Scott Walker	R
	Wyoming	Matthew Mead	R	✓	✓	Matthew Mead	R
	2009-2014	Alle 50 US-Einzelstaaten	93 Rennen		69	55	57 R, 34 D, 2 I

Fett markiert: Amtsinhaber verliert die Hauptwahl (=Parteiwechsel). *Kursiv markiert:* Offenes Rennen führt zu Parteiwechsel.
 Unterstrichen: Amtsinhaber verliert in der Vorwahl (=kein Parteiwechsel).

Ab. = Antrittsberechtigt (d.h. kein *Term Limit*). A. = Angetreten.

^a New Hampshire und Vermont wählen ihren Gouverneur alle zwei Jahre.

^b *Special Election* für die restliche Amtszeit des zurückgetretenen Vorgängers im Amt.

^c *Recall Election*.

Quellen: T. Beyle (Anm. 29), S. 139-155; Ballotpedia; National Governors Association.

Tabelle 3.3 Zustimmungsrate des Präsidenten und Anteil der gewonnenen Gouverneurswahlen von Kandidaten der Präsidentenpartei, Midterm Elections 1970 – 2014

Jahr	Zustimmungsrate des Präsidenten ^a in %	Anzahl der Wahlen	Gewonnene Wahlen		Anteil gewonnener Rennen von Kandidaten der Präsidentenpartei in %	
			Demokraten	Republikaner	Unabhängige	
1970	58	35	22	13	0	37
1974	54 ^b	35	27	7	1	20
1978	49	36	21	15	0	58
1982	42	36	27	9	0	25
1986	63	36	19	17	0	47
1990	58	36	19	15	2	42
1994	48	36	11	24	1	31
1998	66	36	11	23	2	31
2002	63	36	14	22	0	61
2006	37	36	20	16	0	44
2010	45	37	13	23	1	35
2014	42	36	11	24	1	31

^a Letzte *Gallup*-Umfrage vor der Wahl.

^b Präsident Gerald Ford war erst im August 1974 auf den zurückgetretenen Richard Nixon gefolgt. Die ungewöhnlich hohe Zustimmungsrate spiegelt wahrscheinlich seinen persönlichen *Honeymoon* wider, nicht aber die politische Großwetterlage, die für die Republikaner äußerst ungünstig war.

Quellen: Gallup Poll; T. Beyle (Anm. 30), S. 140-141.

Es müssen also andere Faktoren als die Popularität des Präsidenten sein, mit denen die Ergebnisse der Gouverneurswahlen in erster Linie erklärt werden können. Der mit Abstand wichtigste Faktor ist die Parteifärbung des jeweiligen Staates. Die Demokratischen Einparteistaaten des Südens wählten in den 1960er und 1970er Jahren fast ausschließlich Demokraten zum Gouverneur; heute wählen die modifizierten Republikanischen Einparteistaaten bevorzugt Republikaner in das höchste Exekutivamt. Die Demokraten schnitten 1978 trotz eines mäßig populären, die Republikaner 2006 trotz eines extrem unpopulären Präsidenten ihrer Partei bei den Gouverneurswahlen dennoch relativ erfolgreich ab, weil sie jeweils die strukturelle Mehrheitspartei im Lande waren und die Mehrzahl der Einzelstaaten politisch dominierten (vgl. Tabellen 3.1 und 3.3). Da gut 80 Prozent der jeweiligen Parteianhänger bei Gouverneurswahlen den Kandidaten ihrer Partei wählen – bei Amtsinhabern ist der Anteil noch höher –, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die jeweils dominante Partei im Einzelstaat auch den Gouverneur stellt.²⁹

Gouverneurswahlen sind aber nicht nur Parteiwahlen, sondern auch Personenwahlen, in denen Persönlichkeitsfaktoren der Kandidaten und – sofern vorhanden – ihre Leistungsbilanzen im Amt eine Rolle spielen. Eine gewisse Zufälligkeit in der Gesamtbilanz der Gouverneurswahlergebnisse lässt sich deshalb nie ausschließen – zumal aufgrund der *Term Limits* in 36 der 50 Einzelstaaten offene Rennen ohne einen Amtsinhaber relativ häufig vorkommen. In den 626 Gouverneurswahlen zwischen 1970 und 2014 war der Amtsinhaber in 478 Fällen berechtigt, wieder anzutreten (76,4 Prozent) – in 378 Fällen (79,1 Prozent) tat er es auch. Dies bedeutet, dass nur in sechs von zehn Rennen ein Amtsinhaber mit von der Partie war. Wenn der Amtsinhaber wieder antrat, gewann er zu 77,2 Prozent (292 von 378 Rennen). Der Amtsinhabervorteil spielt also auch bei Gouverneurswahlen eine Rolle; er fällt aber deutlich niedriger aus als bei Kongressabgeordneten und selbst Senatoren. Gouverneurswahlen sind hart umkämpfte Wahlen; in den 626 Wahlen zwischen 1970 und 2014 wurden 333 neue Gouverneure gewählt, was einem Anteil von 53,2 Prozent entspricht.³⁰ Dennoch schlägt bei aller Kontingenz die Parteifärbung eines Staates auf das Wahlergebnis stark durch, weil die Wähler auch die Leistungsbilanz eines Gouverneurs und generell die Qualität eines Kandidaten durch ihre „Parteibrille“ bewerten.³¹ Auch wirkt sich die Parteifärbung

29 Vgl. M. E. Jewell / S. M. Morehouse (Anm. 14), S. 180-182.

30 Vgl. Thad Beyle, *Gubernatorial Elections, Campaigns and Winning Governors*, in: Council of State Governments (Hrsg.), *The Book of the States 2014*, Lexington 2014, S. 140-141, 147. Die Daten für 2014 wurden gemäß der Tabelle 3.2 ergänzt.

31 Adam R. Brown, *Are Governors Responsible for the State Economy? Partisanship, Blame, and Divided Federalism*, in: *Journal of Politics* 72 (2010) 3, S. 605-615.

eines Staates darauf aus, wie leicht oder schwer es einer Partei fällt, geeignete Kandidaten zu nominieren.

Zu Parteiwechseln in den Gouverneursämtern kommt es besonders häufig in den kompetitiven *Two-Party States* (vgl. die mittlere Kolumne in Tabelle 3.1 mit den Wahlergebnissen in Tabelle 3.2). In den 93 Gouverneurswahlen während der ersten sechs Jahre der Präsidentschaft Obamas kam es 27 Mal zu einem solchen Parteiwechsel: 17 Mal von den Demokraten zu den Republikanern, achtmal in die umgekehrte Richtung und zweimal von den Republikanern zu unabhängigen Kandidaten. In drei Viertel aller Fälle (20 von 27) vollzog sich der Parteiwechsel in einem Zweiparteienstaat, wobei es sich ebenfalls in drei von vier Fällen (15 von 20) um offene Rennen handelte, in denen der Amtsinhaber aufgrund einer Amtszeitbegrenzung oder aus freien Stücken nicht wieder antrat. Nur fünf Amtsinhaber aus kompetitiven Staaten unterlagen ihrem Konkurrenten in der Hauptwahl: 2009 Jon Corzine (D-New Jersey), 2010 Chet Culver (D-Iowa) und Ted Strickland (D-Ohio), 2014 Pat Quinn (D-Illinois) und Tom Corbett (R-Pennsylvania).

In den sieben Fällen, in denen es in einem der modifizierten Einparteistaaten zu einem Parteiwechsel kam, traten ebenfalls zumeist die Amtsinhaber nicht wieder an. Gehörten sie der Minderheitspartei in ihrem Staat an wie 2010 Linda Lingle (R-Hawaii), Mark Parkinson (D-Kansas) und Dave Freudenthal (D-Wyoming), so war dies für Kandidaten der gegnerischen Partei eine willkommene Gelegenheit, den Hut in den Ring zu werfen. Neil Abercrombie (D-Hawaii), Sam Brownback (R-Kansas) und Matthew Mead (R-Wyoming) ließen sich die Chance nicht entgehen. Gehörten die ausscheidenden Gouverneure der Mehrheitspartei in ihrem Staat an wie 2014 Mike Beebe (D-Arkansas), Martin O'Malley (D-Maryland) und Deval Patrick (D-Massachusetts), so konnte dies für die eigene Partei ein Mene-tekel sein. Während die Demokraten in Arkansas ihren ehemaligen Mehrheitsstatus bei den Zwischenwahlen 2014 auf Dauer verloren haben dürften, zählen Massachusetts und Maryland weiterhin zu den Hochburgen der Demokraten. In beiden Staaten waren es eher persönliche Niederlagen der Kandidaten Martha Coakley, die schon 2010 im Senatswahlkampf um die Nachfolge Ted Kennedys gescheitert war, und Anthony Brown als Niederlagen der Partei. In Alaska³², einem modifizierten Einparteistaat der Republikaner, verlor Amtsinhaber Sean Parnell (R) gegen den Unabhängigen Bill Walker, der in einem vereinten Ticket mit den Demokraten antrat (vgl. Tabelle 3.2).

In 66 Wahlen gewann die Partei, die den Gouverneur stellte – entweder weil der Amtsinhaber wieder antrat und gewann (in 47 Fällen) oder weil die Partei von anderen wahlentscheidenden Faktoren (Parteifärbung des Einzelstaates, über-

32 Vgl. Alaska Gubernatorial Elections, 2014, ballotpedia.org.

zeugende Leistungsbilanz des ausscheidenden Gouverneurs, überlegene Qualität des Kandidaten, seine im Sinne der Wählerschaft „richtige“ Positionierung in den Sachfragen, Rückenwind durch die politische Großwetterlage im Bund) begünstigt wurde.³³ Brian Sandoval (R) in Nevada (2010) und David Ige (D) in Hawaii (2014) gelang es, den amtierenden Gouverneur in der Vorwahl zu bezwingen und anschließend auch die Hauptwahl für ihre Partei zu gewinnen. Nevada ist ein kompetitiver Zweiparteienstaat, hat aber seit 1998 nur noch Republikanische Gouverneure gewählt. In Hawaii, einem modifizierten Einparteistaat der Demokraten, haben seit dem Beitritt zur Union 1959 nur zwei Republikaner die Wahl zum Gouverneur gewinnen können. In beiden Fällen galten die Amtsinhaber aufgrund einer unglücklichen Amtsführung als angreifbar.

Alles in allem waren die ersten sechs Jahre der Präsidentschaft Obamas keine gute Zeit für die Demokratischen Gouverneure: Von den 93 Gouverneurswahlen der Jahre 2009 bis 2014 gewannen die Republikaner 57, unabhängige Kandidaten zwei und die Demokraten nur 34. Während bei Amtsantritt Obamas im Januar 2009 noch 28 Demokraten in den Gouverneursvillen der Einzelstaaten residierten, waren es nach den *Midterm Elections* 2014 nur noch 18. Diese Entwicklung ist nicht außergewöhnlich; noch jeder moderne Präsident seit Roosevelt musste für seine Partei starke Einbußen bei Gouverneurswahlen hinnehmen. Obama ist aber erst der zweite Demokratische Präsident nach Clinton, der gleich nach den ersten *Midterms* mit einer dauerhaften Minderheitenposition seiner Partei bei der Zahl der Gouverneure konfrontiert wurde. Dies belegt, dass es sich bei den Wahlen 1994, damals als *Republican Revolution* betitelt, tatsächlich um *Critical Elections* handelte³⁴, die eine politische Vorherrschaft der Republikaner an den *Graswurzeln* (nicht auf Ebene der Präsidentschaftswahlen) einläuteten (vgl. Abbildung 3.1).

33 Vgl. zu einer Diskussion der Faktoren, die Gouverneurswahlen im Allgemeinen beeinflussen M. E. Jewell / S. M. Morehouse (Anm. 14), S. 182-195.

34 Zur Diskussion um das Konzept der *Critical Elections* vgl. V. O. Key, A Theory of Critical Elections, in: *Journal of Politics* 17 (1955) 1, S. 3-17; Walter Dean Burnham, Party Systems and the Political Process, in: William N. Chambers / Walter Dean Burnham (Hrsg.), *The American Party Systems. Stages of Political Development*, New York: Oxford University Press, 1968, Kap. 10; David R. Mayhew, *Electoral Realignments. A Critique of an American Genre*, New Haven: Yale University Press, 2004.

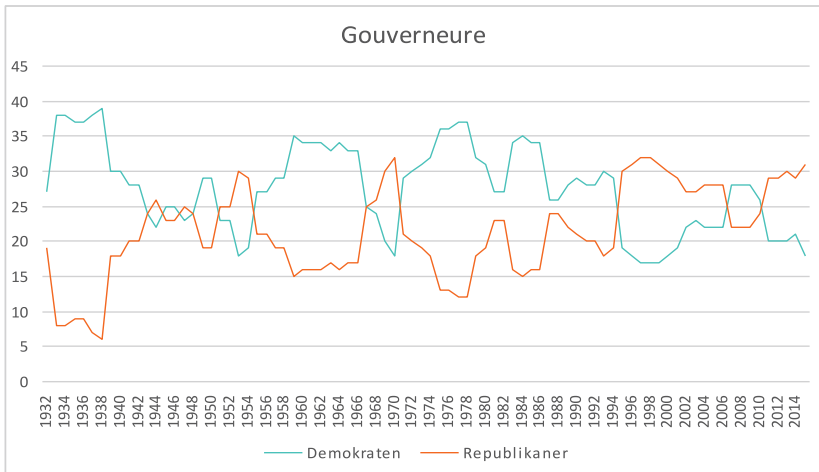


Abbildung 3.1 Parteizugehörigkeit der 50 US-Gouverneure, 1932 – 2015

Quelle: National Governors Association, Governors' Party Affiliations, 1900-2015, <http://www.nga.org/files/live/sites/NGA/files/pdf/GOVPARTYAFFILIATION.PDF> (Abruf am 27. März 2015).

Bei den einzelstaatlichen Legislativwahlen gibt es aufgrund einer gegenüber den Gouverneurswahlen weiter reichenden Konzentration der im Zweijahresrhythmus gestaffelten Wahltermine einen vergleichbaren, vielleicht noch stärkeren *Midterm Effect*. Hier haben sich nur vier Staaten für ungerade Wahljahre entschieden, was angesichts der zwei- oder vierjährigen Wahlzyklen in den 99 einzelstaatlichen Legislativkammern dazu führt, dass alle zwei Jahre zwischen 85 und 90 Kammern ganz oder teilweise neu gewählt werden (vgl. Tabelle 3.4). Das entspricht in einem typischen geraden Wahljahr gut 6.000 der insgesamt 7.383 Sitze in den einzelstaatlichen Legislativen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts gab es überhaupt nur drei *Midterm Elections*, in denen die Partei des Präsidenten bei den einzelstaatlichen Legislativwahlen Sitze hinzugewann – 1934 bei den ersten Zwischenwahlen unter Präsident Roosevelt, 1998, als Präsident Clinton auf einer Welle der Popularität schwamm, und 2002, als die Republikaner von dem *Rally-Around-the-Flag*-Effekt nach dem 11. September 2001 profitierten. Präsident Obama fügte sich in diese Gesetzmäßigkeit ein: 2010 verloren die Demokraten 720 Sitze, 2014 285 Sitze in den einzelstaatlichen Legislativen.³⁵

35 Vgl. Keith E. Hamm / Gary F. Moncrief, Legislative Politics in the States, in: Virginia Gray / Russell L. Hansen / Thad Kousser (Hrsg.), Politics in the American States, 10.

Tabelle 3.4 Dauer der Wahlperiode in den 99 einzelstaatlichen Legislativkammern der USA

Einzelstaatliche Legislative	Amts-dauer Haus	Amts-dauer Senat
Arizona, Connecticut, Georgia, Idaho, Maine, Massachusetts, New Hampshire, New York, North Carolina, Rhode Island, South Dakota, Vermont	2 Jahre	2 Jahre
Alaska, Arkansas, California, Colorado, Delaware, Florida, Hawaii, Illinois, Indiana, Iowa, Kansas, Kentucky, Michigan, Minnesota, Missouri, Montana, New Jersey ^a , Nevada, New Mexico, Ohio, Oklahoma, Oregon, Pennsylvania, South Carolina, Tennessee, Texas, Utah, Virginia ^a , Washington, West Virginia, Wisconsin, Wyoming	2 Jahre	4 Jahre ^b
Nebraska	-	4 Jahre ^b
Alabama, Louisiana ^a , Maryland, Mississippi ^a , North Dakota	4 Jahre ^b	4 Jahre ^b

a New Jersey, Louisiana, Mississippi und Virginia wählen in ungeraden Wahljahren.

b Die meisten Kammern mit einem gestaffelten, vierjährigen Wahlzyklus wählen einen Teil ihrer Mitglieder einmal in der Dekade nur für zwei Jahre, um den Erfordernissen des *Redistricting* gerecht zu werden.

Quelle: Peverill Squire / Keith Hamm, 101 Chambers. Congress, State Legislatures, and the Future of Legislative Studies, Columbus: Ohio State University Press, 2005, S. 62.

Dennoch wäre es bei weitem zu simpel, sich mit dieser eindimensionalen Erklärung zu begnügen. Einzelstaatliche Legislativwahlen sind anders als die Gouverneurswahlen und die Wahlen zum US-Senat nicht „Wahlen zweiter Ordnung“³⁶, sondern dritter Ordnung. Insofern sind sie nicht nur Einflüssen der ersten Ebene, sondern auch der zweiten Ebene ausgesetzt. Die Forschung hat nachgewiesen, dass es dem *Presidential Midterm Effect* vergleichbar auch einen *Gubernatorial Midterm Slump* bei einzelstaatlichen Legislativwahlen gibt und hat den durchschnittlichen Sitzverlust der Partei des Gouverneurs auf 3,5 Prozentpunkte beziffert. In einem Jahr, in dem die einzelstaatlichen Wahlen nicht von einer Präsidentschaftswahl überlagert werden, mache dieser Effekt sogar wahrscheinlich um die fünf

Aufl., Los Angeles: Sage, 2013, S. 175; Tim Storey, 2010 Legislative Elections, in: Council of State Governments (Hrsg.), The Book of the States 2011, Kentucky 2011, S. 73-77; NCSL (Anm. 18).

36 Karlheinz Reif / Hermann Schmitt, Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research 8 (1980) 1, S. 3-44.

Prozentpunkte aus.³⁷ Nicht nur auf der Aggregatebene bei der Sitzverteilung im Capitol, sondern auch auf der Mikroebene der einzelstaatlichen Wahldistrikte konnten solche *Gubernatorial Coattail Effects* nachgewiesen werden.³⁸ Prinzipiell ist es auch vorstellbar, dass vergleichbare *Coattail*-Effekte von einer Senatswahl ausgehen, die in manchen Jahren die Gouverneurswahl an Bedeutung übertreffen kann. Auch von Volksinitiativen und Referenden, die große Beachtung in den Medien finden, können Einflüsse auf die einzelstaatlichen Legislativwahlen in den 24 Staaten ausgehen, die über dieses Instrument verfügen – vor allem wenn sie landesweit koordiniert scheinen wie im Falle des Verbots gleichgeschlechtlicher Ehen im Jahre 2004. Während der Präsidentschaft Obamas waren die mobilisierenden Themen weiterhin die gleichgeschlechtlichen Ehen, die 2012 erstmals Mehrheiten bei Volksabstimmungen in Maine, Maryland, Minnesota und Washington erzielen konnten, sowie Fragen zur Legalisierung von Marihuana, zur Einkommensbesteuerung von Reichen, zur Gesundheitsreform, zur Abtreibung, zur Todesstrafe, zu Gewerkschaftsrechten oder zur Einwanderung.³⁹

Neben solchen externen Einflüssen sind die Legislativwahlen der Einzelstaaten einer Reihe von internen Bestimmungsfaktoren ausgesetzt. Deren Anteil am Wahlergebnis ist umso größer, je mehr es den Parteien und Kandidaten im Einzelstaat gelingt, sich von nationalen Einflüssen abzukoppeln. Wie bei Gouverneurswahlen kommt auch bei Legislativwahlen als erstes die Parteifärbung des Staates ins Spiel. Einzelstaaten, die vom Muster des Parteienwettbewerbs im Bund abweichen, weil sie entweder modifizierte Einparteistaaten der Republikaner oder der Demokraten sind, können sich gegenüber nationalen Stimmungslagen besser isolieren. In der Regel sind die Staatsabgeordneten und Senatoren sogar in einer deutlich komfortableren Lage als die stärker exponierten Gouverneure, die fast immer einer harten Konkurrenz ausgesetzt sind. Die einzelstaatlichen Volksvertreter sehen sich demgegenüber nur in zwei Drittel aller Fälle einem Opponenten der gegnerischen Partei gegenüber. Einer von drei Staatsrepräsentanten hat die Wahl also bereits mit seiner Nominierung sicher. In den Vorwahlen ist die Konkurrenz naturgemäß noch geringer; hier sind zwei von drei Abgeordneten ohne Herausforderer. In der Summe sind zwei Drittel aller Wahlkreise sicher für die

37 Olle Folke / James M. Snyder, *Gubernatorial Midterm Slumps*, in: *American Journal of Political Science* 56 (2012) 4, S. 931-948.

38 Vgl. Robert E. Hogan, *Gubernatorial Coattail Effects in State Legislative Elections*, in: *Political Research Quarterly* 58 (2005) 4, S. 587-597.

39 Vgl. John G. Matsusaka, *2012 Ballot Propositions*, in: *Council of State Governments (Hrsg.), The Book of the States 2013*, Lexington 2013, S. 301-312; John G. Matsusaka, *2010 Ballot Propositions*, in: *Council of State Governments (Hrsg.), The Book of the States 2011*, Lexington 2011, S. 241-249.

eine oder andere Partei. Dies ist zum kleineren Teil das Ergebnis des *Redistricting* alle zehn Jahre, zum größeren Teil die natürliche Folge einer ideologischen Sortierung der Nachbarschaften. In den modifizierten Einparteistaaten sind die Wahlen im Allgemeinen seltener kompetitiv und häufiger unangefochten. Nach wie vor am häufigsten kommt es in den Südstaaten und in Massachusetts vor, dass sich nicht einmal ein Herausforderer in der Wahl findet.⁴⁰

Auf die Intensität des Parteienwettbewerbs in einem Einzelstaat wirkt noch eine Reihe institutioneller Faktoren ein: Bezüglich des Wahlsystems ist dies insbesondere die Frage, ob Abgeordnete in einem Einpersonen- oder einem Mehrpersonendistrikt gewählt werden. Die Zahl der *Multi-Member Districts* hat erheblich abgenommen, nachdem diese in der Vergangenheit oftmals zur Diskriminierung ethnischer Minderheiten missbraucht worden waren. Im Jahre 2007 waren sie nur noch in zehn Einzelstaaten und in etwa 13 Prozent aller einzelstaatlichen Wahlbezirke anzutreffen. Im Allgemeinen heißt es von ihnen, dass sie die Parteien gegenüber den einzelnen Abgeordneten stärken, weil Abgeordnete oftmals im Team antreten.⁴¹

Hinsichtlich des Regierungssystems im Einzelstaat spielt vor allem eine Rolle, ob es sich beim Staatenhaus um eine professionalisierte Legislative oder eine *Citizen Legislature* handelt. Der Professionalisierungsgrad einer Legislative bemisst sich nach ihrer Tagungsdauer, nach der Höhe der Abgeordnetenentschädigung und nach dem Umfang der wissenschaftlichen Dienste.⁴² Besonders professionelle Legislativen finden sich in bevölkerungsreichen und wirtschaftlich leistungskräftigen Staaten wie Kalifornien, New York und Pennsylvania sowie in einigen Staaten des Mittleren Westens (Illinois, Michigan, Ohio, Wisconsin). Nur wenig professionalisierte Teilzeit-Legislaturen halten sich bevölkerungsarme, landwirtschaftlich geprägte Staaten wie die beiden Dakotas, Montana, Utah und Wyoming im Westen oder New Hampshire im Nordosten der USA. Im Allgemeinen sind die Einzelstaaten mit professionellen Legislativen dadurch gekennzeichnet, dass zwar sehr häufig jede Partei einen Kandidaten aufbieten kann, die Kompetitivität der Wahlen aber nur gering ausgeprägt ist. In Staaten mit *Citizen Legislatures* ist es umgekehrt: Dort gelingt es der jeweiligen Minderheitspartei seltener, überhaupt

40 Vgl. Alan Rosenthal, *Engines of Democracy. Politics and Policymaking in State Legislatures*, Washington, D.C.: CQ Press, 2009, S. 109-116; K. E. Hamm / G. F. Moncrief (Anm. 32), S. 172-175.

41 Vgl. Peverill Squire / Gary Moncrief, *State Legislatures Today. Politics under the Domes*, Boston: Longman, 2010, S. 27-28.

42 Peverill Squire, *Measuring Legislative Professionalism: The Squire Index Revisited*, in: *State Politics and Policy Quarterly* 7 (2007) 2, S. 211-227.

einen Kandidaten zu nominieren. Dafür ist die Wettbewerbsintensität der Wahlen höher. Häufiger als in professionellen Legislativen kommt es zu Veränderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse und zu einem signifikanten Austausch der Abgeordneten. Das Repräsentantenhaus von New Hampshire, mit 400 Abgeordneten die größte der einzelstaatlichen Kammern in den USA, ist dafür in den letzten Jahren ein besonders gutes Beispiel: Nach jeder Wahl wechselte die Mehrheit – 2010 verloren die Demokraten 120 Sitze, zwei Jahre später die Republikaner 116 Sitze und 2014 erneut die Demokraten 60 Sitze. Amateurpolitiker, das zeigt New Hampshire eindrucksvoll, sind weniger erfolgreich als professionelle Abgeordnete darin, sich gegen die Gefahren eines Mandatsverlusts zu wappnen.⁴³

Nachdem die Austauschraten der einzelstaatlichen Legislativen im Zuge der wachsenden legislativen Professionalisierung über die Jahrzehnte hinweg bis Ende der 1980er Jahre kontinuierlich auf durchschnittlich etwas über 20 Prozent gesunken waren, wurde dieser Trend Anfang der 1990er Jahre gestoppt. Der Hauptgrund lag in der Einführung von Amtszeitbeschränkungen für Abgeordnete und Senatoren in 21 Staaten. Mit Ausnahme von Utah, wo die Legislative in voreilemdem Gehorsam gegenüber dem Wählerunmut tätig wurde, führten alle Staaten ihre *Term Limits* über Volksinitiativen oder einen von der Legislative vorgeschlagenen Volksentscheid (Louisiana) ein. In sechs Staaten wurden die Amtszeitbeschränkungen wieder einkassiert, weil sie vom *State Supreme Court* für verfassungswidrig erklärt oder von der Legislative für untauglich befunden wurden. Aktuell gibt es noch 15 Staaten mit *Term Limits*. In den Staaten mit Amtszeitbeschränkungen ist der Austausch an Abgeordneten durchschnittlich zwölf bis 18 Prozent höher als in Staaten ohne *Term Limits*. Dies ist zum einen ein direkter Effekt der Amtszeitbeschränkungen, zum anderen auch ein indirekter Effekt, weil *Term Limits* mit einem Rückgang der legislativen Professionalisierung, einer Machtverlagerung zugunsten von Interessengruppen, Mitarbeiterstäben und der Exekutive sowie insgesamt einer verminderten Attraktivität des Abgeordnetenberufs einhergehen. Bei den *Midterms* 2010 führten die *Term Limits* in Verbindung mit dem auch national induzierten Wählerumschwung beispielsweise zu einem außerordentlichen Austausch in zwei Staaten: In Michigan wurden 54 Prozent der Mitglieder des Repräsentantenhauses und drei Viertel der Senatsmitglieder ausgetauscht; in Missouri waren 46 Prozent der Abgeordneten nach der Wahl neu.⁴⁴

43 Ebenda, S. 74-94; K. E. Hamm / G. F. Moncrief (Anm. 32), S. 163-167, 173-174; NCSL, Full- and Part-Time Legislatures, ncsl.org, 1. Juni 2014; NCSL (Anm. 18).

44 P. Squire / G. Moncrief (Anm. 41), S. 63-66; K. E. Hamm / G. F. Moncrief (Anm. 32), S. 181-183; NCSL, Legislative Term Limits: An Overview, ncsl.org, 13. März 2015.

Die Wahlergebnisse in den 50 Einzelstaaten der USA sind das kumulative Ergebnis unzähliger – nationaler wie einzelstaatlicher – Einflussfaktoren, die hier gar nicht alle diskutiert werden konnten. Bei der Fülle der Bestimmungsfaktoren, die auf das Wahlergebnis in jedem Einzelstaat einwirken, grenzt es fast an ein Wunder, dass am Ende doch so etwas wie ein nationales Panorama aller einzelstaatlichen Legislativwahlen entsteht. In den ersten sechs Jahren der Präsidentschaft Obamas ist dieses Bild vor allem durch einen Aufstieg der Republikaner gekennzeichnet: Nach den *Midterm Elections* 2010 stellten sie erstmals nach 1946 mehr einzelstaatliche Repräsentanten und Senatoren als die Demokraten. Diesen Vorsprung haben sie in der Folge weiter ausgebaut, sodass Anfang 2015 4.111 der insgesamt 7.383 Volksvertreter in den 99 einzelstaatlichen Legislativkammern den Republikanern angehörten. Das ist ein Anteil von 55,7 Prozent. Hinzu kommt die weit überwiegende Mehrheit der 49 Senatoren Nebraskas, die faktisch den Republikanern nahesteht. Die Zwischenwahlen 2010 stellten auch deshalb eine echte Wasserscheide dar, weil die Republikaner ab 2011 in 20 Einzelstaaten sowohl beide Kammern der Legislative als auch das Gouverneursamt kontrollierten. Da 2011/12 die Neueinteilung der Wahlkreise für das folgende Jahrzehnt erfolgte, konnten sich die Republikaner strukturelle Vorteile im Parteienwettbewerb sichern. Nach den zweiten *Midterms* unter Präsident Obama hatten die Republikaner ihre Kontrolle auf 23 Staaten ausgedehnt, die Demokraten kontrollierten nur noch sieben. In 19 Staaten war die Parteikontrolle geteilt. Die Polarisierung zwischen den Parteien erreichte ihren (vorläufigen) Höhepunkt im Jahr 2013, als 23 Staaten von den Republikanern und 14 Staaten von den Demokraten ungeteilt regiert wurden. In diesem Jahr gab es nur in zwölf Staaten ein *Divided Government* (vgl. Abbildung 3.2).⁴⁵

45 Tim Storey / Karen Shanton, 2012 Legislative Elections, in: Council of State Governments (Hrsg.), *The Book of the States 2013*, Lexington 2013, S. 49-53; T. Storey (Anm. 35); NCSL (Anm. 18).

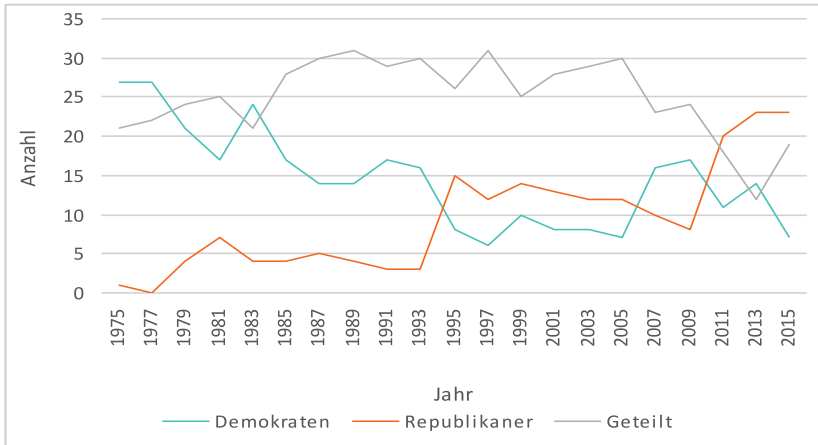


Abbildung 3.2 US-Einzelstaaten (ohne Nebraska) unter Demokratischer, Republikanischer oder geteilter Parteikontrolle, 1975 – 2015

Quellen: T. Storey / K. Shanton (Anm 44); NCSL (Anm. 18).

4 **Fazit:** **Im fragmentierten Föderalismus der Obama-Jahre gewinnen Bund und Einzelstaaten gleichzeitig an politischer Bedeutung**

“All Politics is local”, überschrieb Tip O’Neill vor einem Vierteljahrhundert das erste Kapitel seiner Memoiren.⁴⁶ Daran bleibt vieles richtig. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die großen Entwicklungslinien der politischen Kultur und des Parteienwettbewerbs in den USA auf eine zunehmende Nationalisierung hinwirken. Frühere lokale Besonderheiten wie die Sklaverei im Süden und die auf ihr beruhende Einparteiherrschaft der Demokraten sind Vergangenheit. Manche der ihr zugrundeliegenden politischen Einstellungen und Orientierungen haben sich zwar erhalten und in der modifizierten Republikanischen Einparteiherrschaft nur eine andere politische Ausdrucksform gefunden. Andere politische Einstellungsmuster haben sich aber auch verändert, sodass heutzutage überall ein zumindest rudimentärer Zweiparteienwettbewerb nach dem Muster im Bund installiert ist. Die zunehmende Intensität und Kongruenz des Parteienwettbewerbs hat dazu geführt, dass

46 Tip O’Neill with William Novak, *Man of the House. The Life and Political Memoirs of Speaker Tip O’Neill*, New York: St. Martin’s Press, 1987.

selbst das Ringen um einzelstaatliche Autonomie eher von national orchestrierten Kampagnen als von lokalen Befindlichkeiten angetrieben scheint. Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, dass insbesondere in den einzelstaatlichen Legislativwahlen viele lokal- und regionalspezifische Einflussfaktoren wirken. Dennoch gelingt es auch auf dieser weit von der Bundeshauptstadt entfernten elektoralen Ebene immer weniger, sich von nationalen Einflüssen zu isolieren.

Mit der Nationalisierung einher geht die Übertragung der politischen Polarisierung vom Bund auf die Einzelstaaten. Nicht zwangsläufig resultiert aus ihr aber auch eine stärkere Zentralisierung in den intergouvernementalen Beziehungen. Das ist vielleicht die interessante und gewissermaßen paradoxe Entwicklung im *fragmentierten Föderalismus* der Obama-Jahre, dass die Einzelstaaten aus ihm gestärkt hervorzugehen scheinen. Der Bund möchte zwar auf vielen Politikfeldern wie der Gesundheits-, der Bildungs- und der Sozialpolitik zu einer größeren nationalen Einheitlichkeit gelangen; aufgrund der politischen Blockaden zwischen Kongress und Präsident sowie der unantastbaren Position der Einzelstaaten im Verfassungsgefüge der USA ist er aber auf die Kooperation der Gouverneure und Staatslegislativen angewiesen. Im *fragmentierten Föderalismus* gibt der Bund den Einzelstaaten zwar viele politische Ziele vor, er kann sie ihnen aber nicht aufoktroyieren. Der Bund nimmt den Einzelstaaten nicht einfach Zuständigkeiten weg, er gibt ihnen auch Entscheidungsspielräume und stellt ihnen finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen zur Verfügung. Die intergouvernementalen Beziehungen stellen kein Nullsummenspiel dar: Bund wie Einzelstaaten gewinnen beide an politischer Bedeutung.